

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der 49. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Hauptausschusses am 22.01.2014**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Wappensaal,  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale),

**Zeit:** 16:00 Uhr bis 17:07 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

**Anwesend sind:**

Herr Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister	
Herr Harald Bartl	parteilos	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	ab 16:05 Uhr
Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE	Vertreterin für Herrn Lange
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE	
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Christian Feigl	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertreter für Frau Dr. Brock
Herr Gerry Kley	FDP	
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	

Herr Egbert Geier	Bürgermeister
Herr Uwe Stäglin	Beigeordneter
Frau Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter
Frau Sabine Ernst	Verwaltung
Herr Oliver Paulsen	Verwaltung
Herr Marco Schreyer	Verwaltung
Frau Anja Schneider	Verwaltung

**Entschuldigt fehlen:**

Herr Hendrik Lange	DIE LINKE
Frau Dr. Inés Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Die 49. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** eröffnet und geleitet.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

- 5.2 Feststellung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19  
Vorlage: V/2013/11910  
*gleiche Voten in den Ausschüssen*
- 5.3 Prioritätenliste Investitionen in Kindereinrichtungen (Kitas und Horten), Teil 2  
Vorlage: V/2013/11918  
*gleiche Voten in den Ausschüssen*
- 5.4 Satzung zur Auflösung des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement (EB ZGM); Abberufung der Eigenbetriebsleitung und der Mitglieder des Betriebsausschusses  
Vorlage: V/2013/12166  
*gleiche Voten in den Ausschüssen*
- 5.5 Beantragung von Städtebaufördermitteln für das Programmjahr 2014  
Vorlage: V/2013/12148  
*gleiche Voten in den Ausschüssen*
- 6.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Kooperationsvertrag Volkshochschulen  
Vorlage: V/2013/12185  
*gleiche Voten in den Ausschüssen*
- 6.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Veröffentlichung von Planungsverfahrenständen und Beteiligungsmöglichkeiten im Internet  
Vorlage: V/2013/12273  
*im Planungsausschuss vertagt*
- 6.5 Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU) zum Quartierbereich Büschdorf-Nord  
Vorlage: V/2013/12097  
*gleiche Voten in den Ausschüssen*
- 6.7 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM und der CDU-Fraktion zur Gestaltung von Schulhöfen  
Vorlage: V/2013/12187  
*gleiche Voten in den Ausschüssen*

- 6.8 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Sicherstellung einer städtebaulich und finanziell optimalen Entwicklungsplanung am Riebeckplatz  
Vorlage: V/2013/12200  
*gleiche Voten in den Ausschüssen*
  
- 6.10 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Wiederherrichtung der Leichtathletikanlagen im Stadion Halle-Neustadt  
Vorlage: V/2013/12019  
*gleiche Voten in den Ausschüssen*
  
- 6.3 *Gemeinsamer Antrag der CDU-Stadtratsfraktion, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) und der FDP-Fraktion zur Entsendung von weiteren Mitgliedern in die Gesellschafterversammlungen*  
Vorlage: V/2013/11372

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** informierte über Änderungen und Ergänzungen der Tagesordnung:

- 5.1 Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2013/12089  
*hierzu liegen Änderungsanträge vor*

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** machte den Vorschlag, die Vorlage zu vertagen, da auch im Finanzausschuss der Beschluss zur Vertagung gefasst wurde.

- 6.6 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse  
Vorlage: V/2013/12277  
*hierzu liegt ein Änderungsantrag vor*
  
- 8.3 Mitteilung zur Metropolregion Mitteldeutschland  
*die Information wurde nochmals in Papierform zur Verfügung gestellt*
  
- 8.4 Jahresplanung der Stadt Halle (Saale)  
*wurde zur Sitzung ausgereicht*

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, bat darum, den TOP

- 5.1 Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2013/12089

gemeinsam mit den Änderungsanträgen in der heutigen Sitzung zu behandeln, da der Hauptausschuss ein eigenständiger Ausschuss sei und nicht auf das Votum des Finanzausschusses warten müsse.

Dazu teilte **Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, mit, dass aufgrund der eingereichten Änderungsanträge, welche als Tischvorlagen im Finanzausschuss vorgelegt worden sind, noch keine Diskussion dazu geführt wurde und erst danach eine Beratung im Hauptausschuss erfolgen sollte. Aus diesem Grund bat er darum, die Vorlagen zum Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale) sowie TOP 6.3 und TOP 6.4 von der heutigen Tagesordnung abzusetzen.

Herr Kley erklärte sein Einverständnis dazu.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**

**Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 18.12.2013
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 18.12.2013
5. Beschlussvorlagen
  - 5.1 *Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)*  
Vorlage: V/2013/12089 vertagt
  - 5.1.1 *Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)*  
Vorlage: V/2014/12422 vertagt
  - 5.1.2 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale); Vorlagen-Nummer V/2013/12089*  
Vorlage: V/2014/12421 vertagt
  - 5.2 *Feststellung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19*  
Vorlage: V/2013/11910 abgesetzt
  - 5.2.1 *Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Feststellung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19 (V/2013/11910)*  
Vorlage: V/2013/12317 abgesetzt
  - 5.2.2 *Änderungsantrag der Fraktionen CDU, DIE LINKE und MitBürger/Neues Forum zur Beschlussvorlage V/2013/11910 - Schulentwicklungsplan für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19*  
Vorlage: V/2014/12379 abgesetzt
  - 5.2.3 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Feststellung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19 (V/2013/11910)*  
Vorlage: V/2014/12407 abgesetzt
  - 5.3 *Prioritätenliste Investitionen in Kindereinrichtungen (Kitas und Horten), Teil 2*  
Vorlage: V/2013/11918 abgesetzt

- 5.4 *Satzung zur Auflösung des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement (EB ZGM); Abberufung der Eigenbetriebsleitung und der Mitglieder des Betriebsausschusses*  
Vorlage: V/2013/12166 abgesetzt
- 5.5 *Beantragung von Städtebaufördermitteln für das Programmjahr 2014*  
Vorlage: V/2013/12148 abgesetzt
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1 *Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Kooperationsvertrag Volkshochschulen*  
Vorlage: V/2013/12185 abgesetzt
- 6.2 *Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Veröffentlichung von Planungsverfahrenständen und Beteiligungsmöglichkeiten im Internet*  
Vorlage: V/2013/12273 abgesetzt
- 6.3 *Gemeinsamer Antrag der CDU-Stadtratsfraktion, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) und der FDP-Fraktion zur Entsendung von weiteren Mitgliedern in die Gesellschafterversammlungen*  
Vorlage: V/2013/11372 vertagt
- 6.4 *Antrag der FDP-Stadtratsfraktion und der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zu den Gesellschafterversammlungen*  
Vorlage: V/2013/12111 vertagt
- 6.5 *Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU) zum Quartierbereich Büschdorf-Nord*  
Vorlage: V/2013/12097 abgesetzt
- 6.6 *Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse*  
Vorlage: V/2013/12277
- 6.6.1 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse (Vorlagen-Nummer V/2013/12277)*  
Vorlage: V/2014/12423
- 6.7 *Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM und der CDU-Fraktion zur Gestaltung von Schulhöfen*  
Vorlage: V/2013/12187 abgesetzt
- 6.8. *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Sicherstellung einer städtebaulich und finanziell optimalen Entwicklungsplanung am Riebeckplatz*  
Vorlage: V/2013/12200 abgesetzt
- 6.9 *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Sanierung der Brunnengalerie in Halle-Neustadt*  
Vorlage: V/2013/12192
- 6.10 *Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Wiederherrichtung der Leichtathletikanlagen im Stadion Halle-Neustadt*  
Vorlage: V/2013/12019 abgesetzt

7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
  - 8.1 Sachstand der Bewilligungen zur Städtebauförderung für das Programmjahr 2013  
Vorlage: V/2013/12177
  - 8.2 Information zur Brandschutzsituation an Schulen, Horten & Kindertagesstätten in Halle (Saale)  
Vorlage: V/2013/11917
  - 8.3 Mitteilung zur Metropolregion Mitteldeutschland
  - 8.4 Jahresplanung der Stadt Halle (Saale)
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen
  - 10.1 Anregung Herr Wolter zur Veröffentlichung von Bürgerbegehren
  - 10.2 Anregung Herr Bönisch zu Pressemitteilungen

### **zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 11.12.2013**

---

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 48. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 11.12.2013.

### **zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 11.12.2013**

---

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** informierte über folgenden in der Hauptausschusssitzung am 11.12.2013 gefassten Beschluss:

**Ernennung der Fachbereichsleiterin des Fachbereiches Bildung**  
**Vorlage: V/2013/12161**

---

**Beschlussvorschlag:**

Der Hauptausschuss der Stadt Halle (Saale) beschließt, als Fachbereichsleiterin des Fachbereiches Bildung

Frau  
Katharina Brederlow

zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu ernennen.

**zu 5        Beschlussvorlagen**

---

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

**zu 6        Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 6.6     Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse**  
**Vorlage: V/2013/12277**

---

**zu 6.6.1   Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse (Vorlagen-Nummer V/2013/12277)**  
**Vorlage: V/2014/12423**

---

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, führte dazu aus, dass mit der Änderung der Geschäftsordnung eine aktuelle Stunde eingeführt werden soll, damit die Fraktionen und auch die Verwaltung die Gelegenheit habe, sich zu einem aktuellen Thema auszutauschen und mit fachlichem Input vorzubereiten. Man habe den Freitag dazu vorgeschlagen, damit man sich bis zur Fraktionssitzung am Montag noch einmal verständigen könne.

Zum Änderungsantrag seiner Fraktion erinnerte **Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, an einen Vorgang im Planungsausschuss, in welchem er zu einem Thema eine aktuelle Stunde beantragt und nach langer Diskussion im Ausschuss den Antrag dann zurückgenommen habe. Nach Meinung seiner Fraktion bedarf es einer Regelung, wie mit diesem Thema umgegangen werde. Sie begrüßen grundsätzlich den Antrag der SPD-Fraktion, sind aber die Meinung, dass zwei Werktage ausreichend sind.

In diesem Zusammenhang informierte **Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, dass in seiner Fraktion von der betreffenden Sitzung des Planungsausschusses berichtet wurde und eine rechtliche Würdigung des Vorfalls gemacht werden müsse.



Auch teile er den in der Stellungnahme der Verwaltung gemachten Hinweis, dass mit der Fristsetzung „aktuell“ ein klarer Begriff definiert sei.

**Herr Krause** äußerte sich dahingehend, dass ein bestimmtes Thema am Montag bzw. am Mittwoch genauso aktuell wäre. Er halte die Begrenzung der Aktualität auf zwei Tage für fragwürdig.

Aus seiner Sicht soll in der aktuellen Stunde ein aktueller Sachverhalt fachlich vorgetragen, bewertet und diskutiert werden. Man habe den Freitag vor der Fraktionssitzung vorgeschlagen, damit am Montagabend die Fraktionen darüber reden können, bevor die Vertreter in den jeweiligen Ausschüssen auftreten.

**Herr Krause** wies weiterhin darauf, dass die aktuelle Stunde etwas anderes sei, als einen aktuellen Sachverhalt im Sinne von Mitteilungen und mündlichen Anfragen in Ausschusssitzungen zu behandeln, denn dies sei immer möglich.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, fragte nach dem Inhalt der aktuellen Geschäftsordnung zum Thema. Wenn es eine verpflichtende Veranstaltung sei, würde er für die Version des SPD-Antrages plädieren, damit tatsächlich noch eine Vorbereitung erfolgen könne. Auch müsse darauf geachtet werden, nur tatsächlich aktuelle Themen zu behandeln.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, bemerkte, dass in der Geschäftsordnung nichts zum Inhalt der aktuellen Stunde gesagt werde und er eine Klärung dahingehend für sinnvoll halte. Die Fristsetzung am Freitag vor der Ausschusssitzung finde er in Ordnung. Desweiteren schlug er vor, dass sich die Fraktionsgeschäftsstellen untereinander dazu verständigen, was unter der aktuellen Stunde zu verstehen sei.

Abschließend warb **Herr Feigl** für den Änderungsantrag seiner Fraktion und wies noch einmal darauf hin, dass die aktuelle Stunde so kurz wie möglich gehalten werden sollte und seine Fraktion die Meinung vertrete, dass zwei Werktage ausreichend dafür wären.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE**, machte den Vorschlag, den Beschluss dahingehend zu ändern, dass nicht nur vor den Ausschusssitzungen, sondern auch vor den Stadtratssitzungen eine aktuelle Stunde verlangt werden könne.

Dazu teilte **Herr Schreyer, amtierender Fachbereichsleiter Recht**, mit, dass bezogen auf die derzeitige Regelung im § 21 der Geschäftsordnung die Verfahrensweise nur auf die Ausschüsse anzuwenden sei und eine aktuelle Stunde für den Stadtrat separat festgeschrieben werden müsse.

**zu 6.6.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse (Vorlagen-Nummer V/2013/12277)  
Vorlage: V/2014/12423**

---

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich abgelehnt**

1 Ja-Stimme

10 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

### **Beschlussvorschlag:**

*Der Beschlusstext wird geändert und erhält folgende Fassung:*

*Der Stadtrat beschließt:*

*In § 21 Abs. 8 der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse wird nach Satz 1 eingefügt:*

*„Die aktuelle Stunde ist mindestens ~~am Freitag in der Woche~~ **zwei Werktage** vor der Ausschusssitzung zu verlangen. Der Antrag muss ein Thema mit Begründung enthalten.“*

**zu 6.6 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse**  
**Vorlage: V/2013/12277**

---

### **Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**

### **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt:

In § 21 Abs. 8 der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse wird nach Satz 1 eingefügt:

„Die aktuelle Stunde ist mindestens am Freitag in der Woche vor der Ausschusssitzung zu verlangen. Der Antrag muss ein Thema mit Begründung enthalten.“

**zu 6.9 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Sanierung der Brunnengalerie in Halle-Neustadt**  
**Vorlage: V/2013/12192**

---

**Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, begründete den Antrag seiner Fraktion dahingehend, dass eine konzeptionelle Vorbereitung zu diesem Thema notwendig wäre, auch vor dem Hintergrund, dass kein Zeitverzug entstehen sollte.

**Herr Stäglin, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, äußerte sich dahingehend, dass schon im Vorfeld mit dem LAF (Landesanstalt für Altlastenfreistellung Sachsen-Anhalt) Gespräche dazu geführt worden sind, um die damals diskutierte Variante voranzubringen. Nach dem Hochwasserereignis habe man über einen Veränderungsantrag zur Brunnengalerie weitere Gespräche geführt und wegen der Antragstellung Fluthilfe den Antrag beim LAF entgegen der Information im Finanzausschuss nicht zurückgezogen, sondern ruhend gestellt.

Aus seiner Sicht gäbe es deshalb auch keine Notwendigkeit für einen Beschluss zum vorliegenden Antrag.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, merkte an, dass er davon ausgehe, dass die Gestaltung der Brunnengalerie wesentlich davon abhängt, wie der Damm gestaltet sein wird. Da noch keine Genehmigung dazu vorliege, sollten zum gegenwärtigen Zeitpunkt auch keine finanziellen Mittel für eine Planung verwendet werden.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich abgelehnt**

1 Ja-Stimme

8 Nein-Stimmen

3 Enthaltungen

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zum 30.04.2014 ein Maßnahmenkonzept zur Sanierung der Brunnengalerie Halle-Neustadt vorzulegen, so dass eine Beantragung von Mitteln nach der Richtlinie des Landes über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen zur Beseitigung oder Minderung von sowie Vorbeugung gegen Vernässungen oder Erosion ermöglicht wird. In dem Maßnahmenkonzept sind die Erfahrungen aus den Hochwasserereignissen 2013 insbesondere im Hinblick auf die Einsatz- und Leistungsfähigkeit der Brunnengalerie zu berücksichtigen.*

**zu 7      schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

Schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

**zu 8      Mitteilungen**

---

**zu 8.1      Sachstand der Bewilligungen zur Städtebauförderung für das  
                 Programmjahr 2013  
                 Vorlage: V/2013/12177**

---

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, wies darauf hin, dass im Planungsausschuss die Mitteilung an den Beschluss Städtebauförderung 2014 gekoppelt war und mit diesem zusammen beschlossen wurde, da die Mitteilung eine Reihe von Förderungen für 2014 enthalte. Dies müsse bei einem Beschluss durch den Stadtrat ebenfalls berücksichtigt werden.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, stellte klar, dass die Vorlage zur Beantragung der Städtebaufördermittel nicht die Einzelmaßnahmen nennt, sich aber darauf beziehe, die im Stadtratsbeschluss 2012/2013 nicht berücksichtigten Maßnahmen, zu übernehmen.

**zu 8.2      Information zur Brandschutzsituation an Schulen, Horten & Kindertages-  
                 stätten in Halle (Saale)  
                 Vorlage: V/2013/11917**

---

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

### zu 8.3 Mitteilung zur Metropolregion Mitteldeutschland

---

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** erläuterte die ausgeteilte Präsentation mit dem Hinweis, dass die drittletzte Folie der Darstellung im Entwurf das Organisationsmodell darstelle, welches in der Metropolregion im Hinblick auf die künftige Organisation diskutiert wird.

Es liege auch eine Satzung im Entwurf vor, welche nachgereicht und zur Kenntnis gegeben wird. Die Satzung werde zurzeit in der Metropolregion ausgearbeitet.

### zu 8.4 Jahresplanung der Stadt Halle (Saale)

---

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** machte darauf aufmerksam, dass mit der Übersicht zur Jahresplanung der Stadt Halle (Saale) deutlich gemacht werden soll, in welchen Bereichen und Unternehmen die Stadt tätig ist und welche Zeit- und Zielvorstellungen es gäbe.

Zur Wohnungswirtschaft gab **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** den Hinweis, dass ein Stadtratsbeschluss im Hinblick auf die Prüfung der Wohnungswirtschaften vorliege und deshalb das Thema mit aufgeführt sei.

Auf die Frage von **Herrn Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, ob zum Beispiel bei der Darstellung zur Initialisierung des Projektes Restrukturierung Finanzwesen mit dem Zeitpunkt 28.02.2014 der Abschluss des Projektes gemeint sei, erläuterte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**, dass damit die Umsetzung bzw. die Erfüllung des Zieles in der Verwaltung dargestellt werde.

Zur Theater, Oper und Orchester GmbH merkte **Herr Wolter** an, dass laut der Auflistung die Erstellung des Konzeptes Ende Januar 2014 in der Vorberatung abgeschlossen sein soll. Er fragte nach, in welcher Form der Stadtrat eingebunden werde.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** wies darauf hin, dass es sich bei der Terminstellung um die Planung für die Umsetzung der Projekte und Aufgaben für die Verwaltung handelt.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, bezog sich auf die Terminstellung für das Konzept der TOO GmbH, die Verhandlungsführung mit dem Land - Vertragsabschluss im Februar/März 2014 - und die Gremienbefassung - Beschluss Strukturanpassung - im März/April 2014 und fragte, ob zuerst mit dem Land ein Vertrag und danach erst der Stadtrat informiert werde.

Dazu teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass der Vertrag lediglich ausgehandelt und vorbereitet wird und dann in die Gremienbeteiligung geht.

Zusammenfassend machte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** noch einmal deutlich, dass das vorliegende Papier eine Arbeitsgrundlage für die Verwaltung darstelle.

## zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

---

### zu 9.1 Anfrage Frau Ewert, SPD-Fraktion, zum Umgang mit Personal

---

**Frau Ewert** äußerte den Unmut ihrer Fraktion darüber, dass Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand in einer öffentlichen Beigeordnetenkonferenz namentlich die Stadtplaner kritisiert habe.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** verwies darauf, dass er bei Schlechtleistungen von Mitarbeitern dies auch weiterhin deutlich machen werde.

### zu 9.2 Anfrage Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, zur konstituierenden Sitzung des Stadtrates in 2014

---

**Herr Dr. Meerheim** informierte darüber, dass laut Terminsetzung für die nächsten Stadtratssitzungen die konstituierende Sitzung am 2. Juli 2014 stattfinden soll, die nächste Stadtratssitzung aber erst Ende September 2014. Im Namen seiner Fraktion schlug er vor, gegebenenfalls am 16.07.2014 noch eine Stadtratssitzung durchzuführen, um die Gremien arbeitsfähig zu gestalten.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sagte eine Prüfung zu.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, verwies darauf, dass die Wahl der Mitglieder des Stadtrates am 25. Mai 2014 stattfinde und es fraktionsübergreifend möglich sein müsse, die Besetzung der Ausschüsse bis zur konstituierenden Sitzung am 2. Juli 2014 zu organisieren. Er schlug vor, in der konstituierenden Sitzung die Gremienbesetzung zu besprechen.

**Herr Bürgermeister Geier** führte dazu aus, dass laut einem konkretisierten Schreiben des Ministeriums des Innern bis zum 30.06.2014 die Periode des alten Stadtrates laufe. Insofern können frühestens ab dem 02. Juli 2014 die Ausschuss- und Aufsichtsratsmandate besetzt werden.

### zu 9.3 Anfrage Herr Bönisch, CDU-Fraktion, zum Bescheid des Landesverwaltungsamtes zum Haushalt

---

Zum Bescheid des Landesverwaltungsamtes zum Haushalt fragte **Herr Bönisch**, ob die Eröffnungsbilanz genehmigungspflichtig durch die Kommunalaufsichtsbehörde sei und wenn ja, weshalb diese dort noch nicht vorliege.

**Herr Bürgermeister Geier** äußerte sich dahingehend, dass ihm keine Genehmigungspflicht bekannt sei, er aber den Hinweis aufnehmen und die Eröffnungsbilanz an das Landesverwaltungsamt übergeben wird.

#### zu 9.4      **Anfrage Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, zur Strategie zur TOO GmbH**

---

**Frau Dr. Bergner** fragte nach der Informationsstrategie des Herrn Oberbürgermeisters zur TOO GmbH.

Dazu teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass er diese Frage schon in der Diskussion beantwortet habe und er einen Vorschlag in den Gremiendurchlauf geben wird.

Bezugnehmend auf die Nachfrage zur inhaltlichen Verfahrensweise merkte er an, dass zum jetzigen Zeitpunkt noch verhandelt und der Vorschlag von Herrn Stiska geprüft wird. Am 30. Januar werde ein Treffen mit den Intendanten, dem Geschäftsführer und dem Oberbürgermeister stattfinden, um sich darüber zu verständigen und einen Vorschlag für die weitere Diskussion vorzubereiten.

Dieser Vorschlag werde auch in der Aufsichtsratssitzung vorgestellt und dem Land übergeben, um die Position des Landes einzuholen. Danach werde dieser im Stadtrat und in den Ausschüssen zur weiteren Beratung vorgelegt.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** machte weiterhin deutlich, dass er derzeit nicht für die Fortführung der Haustarifverträge tendiere. Er wolle die TOO GmbH mittelfristig so aufstellen, dass ein längerfristiger Bestand im Flächentarifvertrag gewährleistet sei.

#### zu 9.5      **Anfrage Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, zum Europatag**

---

**Frau Dr. Bergner** fragte an, weshalb der Stadtrat bei der Bewerbung der Stadt zum Europatag nicht beteiligt wurde.

Dazu teilte **Herr Paulsen, Grundsatzreferent**, mit, dass es sich bei dem Europafest nicht um eine wichtige Gemeindeangelegenheit handele, bei der der Stadtrat beteiligt werden müsse. Zudem habe es nur eine kurze Vorlaufzeit für die Bewerbung gegeben. Mit den geplanten 20.000 Euro Fördermitteln werde das Fest finanziert.

#### zu 9.6      **Anfrage Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, zum Stadtmarketing**

---

**Frau Dr. Bergner** merkte an, dass das Stadtmarketing dem Geschäftsbereich Kultur und Bildung zugeordnet wurde. Sie fragte nach, ob jetzt Frau Dr. Marquardt dafür zuständig sei.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** teilte mit, dass der Stadtmarketingbereich momentan im Bereich des Oberbürgermeisters angesiedelt ist und keine Beauftragung an den Geschäftsbereich Kultur und Sport erteilt wurde. Zwar sei das Budget des Stadtmarketing dem Geschäftsbereich Kultur und Sport zugeordnet, was aber nicht bedeute, dass bestimmte Aufgaben nicht selbst durch Herrn Oberbürgermeister gemacht werden.

## zu 9.7      **Anfrage Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, zu Baumaßnahmen in Dörlau**

---

**Frau Dr. Bergner** fragte im Hinblick auf die Bürgerproteste zu den Baumaßnahmen in Dörlau, ob es an den Planungen schon Veränderungen gegeben habe.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, verwies darauf, dass schon mehrere Gespräche mit dem Antragsteller geführt worden sind, aber noch kein abschließendes Ergebnis dazu vorliege. Man befinde sich jetzt auf dem Weg der Überarbeitung des Projektes und er macht deutlich, dass er auch in der nächsten Stadtratsitzung keine weiteren Informationen zu diesem Thema geben könne.

Bezugnehmend auf die Zeitschiene gehe er davon aus, dass unter Berücksichtigung aller Abläufe in diesem Jahr die Offenlage des Bebauungsplanes stattfinden kann.

## zu 9.8      **Anfrage Herr Bartl, CDU-Fraktion, zur Übernahme von Gerichtsverfahrenskosten**

---

**Herr Bartl** informierte darüber, dass sich der Stadtrat laut seinem Beschluss einen Rechtsbeistand zugelegt habe und er fragte ob die Stadt bereit sei, dessen Finanzierung zu übernehmen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** wies darauf hin, dass zum jetzigen Zeitpunkt keine Beschlusslage des Stadtrates vorliege. Erst nach Beschlussfassung durch den Stadtrat könne darüber entschieden werden.

Zum gleichen Thema fragte **Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, ob Herr Oberbürgermeister Spielräume sehe, die Kostenübernahme zu verweigern.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** machte deutlich, dass er zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine weitere Stellungnahme dazu abgeben werde. Auch sei bekannt, dass die Entscheidung des Disziplinarverfahrens vom Landesverwaltungsamt stark gerügt und aufgehoben wurde.

In diesem Zusammenhang fragte **Herr Bönisch**, ob die von Herrn Oberbürgermeister dargelegten Informationen schriftlich vorlägen, da ihm die Aufhebung der Entscheidungen durch das Landesverwaltungsamt nicht bekannt sei.

Auf Nachfrage wurde durch **Herrn Bartl** mitgeteilt, dass ein Schreiben des Landesverwaltungsamtes eingegangen sei, welches an die Fraktionsgeschäftsstellen verteilt wurde. In diesem sei auf Diskrepanzen hingewiesen und eine Modifizierung angeregt worden.

Abschließend machte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** darauf aufmerksam, dass er die von einigen Fraktionen aufgeführten strittigen Themen aufgearbeitet habe und diese auf der Homepage der Stadt eingestellt und einsehbar sind.

**zu 9.9      Anfrage Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zur Kinderstadt**

---

**Herr Wolter** fragte an, wer der Veranstalter der Kinderstadt sei und weshalb kein flächendeckendes Großereignis daraus gemacht werde.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

**zu 9.10     Anfrage Herr Kley, FDP-Fraktion, zur Veröffentlichung von Erhaltungssatzungen**

---

Im Zusammenhang mit der Erhaltungssatzung Gesundbrunnen machte **Herr Kley** darauf aufmerksam, dass zwar die Anzahl und die Benennung von Satzungen auf der Homepage der Stadt dargestellt, jedoch nur zwei Erhaltungssatzungen inhaltlich hinterlegt sind. Er fragte an, weshalb die anderen Satzungen nicht im Netz aufgeführt sind.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, teilte dazu mit, dass ihm das Problem schon bekannt sei und er sicherte eine schnellstmögliche Veranlassung zu.

**zu 9.11     Anfrage Herr Kley, FDP-Fraktion, zum Standort der Eissporthalle**

---

In Bezug auf eine Information aus der Presse, dass Herr Oberbürgermeister aufgrund eines Gutachtens entschieden habe, die Eissporthalle am alten Standort wieder aufzubauen, fragte **Herr Kley**, ob dieses Gutachten den Stadträten zur Verfügung gestellt werden könne.

Desweiteren fragte er nach, ob es noch einer Entscheidung des Stadtrates bedarf oder das Wort des Oberbürgermeisters ausreiche, um die Eissporthalle an diesem Standort zu errichten.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** informierte, dass sich das Gutachten und auch die Vorlage dazu in Vorbereitung befinden und die Vorlage nach Fertigstellung dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt werden soll.

**zu 9.12     Anfrage Herr Kley, FDP-Fraktion, zur Brunnengalerie**

---

**Herr Kley** informierte darüber, dass es zum Thema Brunnengalerie im Planungsausschuss und im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten verschiedene Bearbeitungsstände gab. In diesem Zusammenhang regte er an, künftig darauf zu achten, die Vorgänge bis zum Abschluss in den Ausschüssen zu behandeln.

Nach Ansicht von **Herrn Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, sei man davon ausgegangen, dass insbesondere die Liste zur Beantragung von Flutmitteln den aktuellen Sachstand transportiert habe.



### **zu 9.13    Anfrage Herr Krause, SPD-Fraktion, zum Gutachten bzgl. der Absage der Händelfestspiele**

---

**Herr Krause** fragte nach den Kosten für das Gutachten bezüglich der Absage der Händelfestspiele und ob dieses den Stadträten zur Verfügung gestellt werden könne.

Dazu informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**, dass das Gutachten noch in Arbeit sei und nach Fertigstellung den Stadträten zur Kenntnis gegeben werde.

### **zu 9.14    Anfrage Herr Bönisch, CDU-Fraktion, zum Standort Eissporthalle**

---

Bezugnehmend auf die Informationen zum Standort der Eissporthalle fragte **Herr Bönisch** nach dem zeitlichen Spielraum für die Beantragungen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** verwies in diesem Zusammenhang auf die Diskussion im Sportausschuss dazu und informierte darüber, dass die Vorlage im Januar 2014 in den Stadtrat gegeben und von dort in die Ausschüsse verwiesen werden sollte. Im Februar 2014 könnte dann die Standortentscheidung getroffen werden.

Diese Verfahrensweise gelte für alle Baumaßnahmen, die mit Flutmitteln realisiert werden, da insgesamt der Rahmen sehr eng sei und es das Prinzip gäbe, wer zuerst einreicht, hat die besten Möglichkeiten, so schnell als möglich die Mittel vom Land bereitgestellt zu bekommen.

In Bezug auf das Ergänzungsgutachten zur Eissporthalle teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass der Schaden zwischen dem Zustand vor der Flut und nach der Flut genau dargestellt werden müsse. Danach ergäbe sich die Summe, die per Richtlinie zur Verfügung stehen würde, plus den Modernisierungskosten, die im Hinblick auf die einzelnen Bestandteile der jeweiligen Einrichtung möglich sind.

Das Gutachten sei sorgfältig und präzise aufzubauen, da es nicht nur um die Entscheidung der Bewilligung der Maßnahmen gehe, sondern diese auch im Nachprüfungsverfahren der Verwendungsnachweise, mit den Richtlinien im Einklang stehen müssen.

Aus diesem Grund habe die Verwaltung in Abstimmung mit dem Finanzminister entschieden, sorgfältig die Gutachten zu erarbeiten, um im Hinblick auf die entsprechenden Flutmittel auf der sicheren Seite zu sein.

### **zu 10      Anregungen**

---

#### **zu 10.1    Anregung Herr Wolter, BÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zur Veröffentlichung von Bürgerbegehren**

---

**Herr Wolter** regte an, für Bürgerbegehren eine Verlinkung auf der Homepage der Stadt zu veranlassen, um den Bürgern die Möglichkeit der Informationen dazu einzuräumen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte**, dass dies sämtliche Beteiligungsformen für die Bürger betreffe und Herr Bürgermeister Geier die Anregung mitnehmen werde, um eine umfangreiche Darstellung dieses Themas durch seinen Geschäftsbereich zu veranlassen.

## **zu 10.2 Anregung Herr Bönisch, CDU-Fraktion, zu Pressemitteilungen**

---

**Herr Bönisch** regte an, Pressemitteilungen besser auf Richtigkeit zu kontrollieren. Als Beispiel führte er dazu die Information zum Rechtsgespräch des Oberbürgermeisters an, welches laut Pressemitteilung aus Anlass einer Anzeige durch mehrere Fraktionen der Stadt stattgefunden habe. Er verwies darauf, dass es durch die CDU-Fraktion keine solche Anzeige gegeben habe.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** widersprach der Aussage von Herrn Bönisch und führte aus, dass in einem Schriftstück der Staatsanwaltschaft ausdrücklich auf die Anzeige der CDU-, SPD- und FDP-Fraktion hingewiesen wurde.

Es lagen keine weiteren Anregungen vor und **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** beendete den öffentlichen Teil der Hauptausschusssitzung.

---

Dr. Bernd Wiegand  
Oberbürgermeister

---

Anja Schneider  
Protokollführerin